

Ex-post-Beitrag

Einbindung von Gemeinden in die Prävention und Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus

Einleitung

Die Einbeziehung und die Unterstützung von Gemeinschaften sind **wesentlich für den Erfolg von Kampagnen und Programmen zur Prävention und Bekämpfung von gewaltbarem Extremismus**. Andererseits können Prävention und Deradikalisierung nur mit **der Zustimmung und der Unterstützung der lokalen Behörden und Vertretern der politischen Ebene** erfolgreich sein, denn sie sind die Hauptgeldgeber und Weichensteller in diesem Bereich.⁽¹⁾ In diesem Beitrag geht es darum, wie diese Akteure am besten zusammenarbeiten können.

Im Hinblick auf Prävention können **Gemeinschaften ein Zusammengehörigkeitsgefühl bieten und extremen Ideologien entgegentreten**. Indoktrinierung funktioniert am besten, wenn es keinen Widerspruch vom unmittelbaren sozialen Umfeld gibt – gelingt es, Stimmen aus der Gemeinschaft zu aktivieren, die extreme Botschaften bekämpfen, so hilft das, Extremismus und Polarisierung zu reduzieren. Gemeinschaften können **als Frühwarnsystem fungieren**, indem sie potenziell gefährdete Personen identifizieren. Die Forschung hat gezeigt, dass die

Dieser Ex-post-Beitrag wurde verfasst von **Daniela I. Pisoiu**, Wissenschaftlerin am Österreichischen Institut für Internationale Politik, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Mitglied der **RAN Redaktionsleitung** und des **RAN Expertenpools**.

¹ RAN-Sammlung von Ansätzen und Praktiken, [Prävention der zu Terrorismus und gewaltbarem Extremismus führenden Radikalisierung: Gemeinschaftsengagement und Unterstützung](#), S. 6.

Einbindung von Gemeinschaften Polizei- und Geheimdienstarbeit ergänzen und Möglichkeiten zur Bekämpfung der Ursachen von gewaltbarem Extremismus bieten kann.⁽²⁾ In der Interventionsphase können Gemeinschaften dabei **helfen, Kampagnen zu konzipieren und durchzuführen**, denn radikalisierte Personen hören eher auf Stimmen aus ihrer eigenen Gemeinschaft, zu der sie sich zugehörig fühlen⁽³⁾. Darüber hinaus verleiht die Gemeinschaft lokalen Kampagnen und Initiativen Legitimität und Glaubwürdigkeit. Die Einbindung von Gemeinschaften kann auch Zugang zu **potentiellen Zugangspunkten zu individuellen Netzwerken schaffen**, über welche gefährdete Personen erreicht werden können. Gemeinschaften ins Boot zu holen, ist auch in weiterer Hinsicht hilfreich, **zum Beispiel im Hinblick auf die Stärkung von sozialem Zusammenhalt und Demokratie**.

Es gibt mehrere Interpretationen, **des Ausdrucks „Gemeinschaft“** sowie mehrere Kriterien, über die sich eine Gemeinschaft definieren kann, etwa Orte, Identität oder Art der Organisation.⁽⁴⁾ Für die Zwecke der Prävention und Bekämpfung von gewaltbarem Extremismus ist es wichtig, mit einem pragmatischen Konzept von Gemeinschaft zu arbeiten, das der intersubjektiven Wahrnehmung von Zugehörigkeit Rechnung trägt und verschiedene Größen und Merkmale umfasst. Ganz gleich, welche Definition angewendet wird, der allgemeine Rahmen für die Einbindung von Gemeinschaften muss in einen **Ansatz, der auf das Zusammenwirken mehrerer Stellen setzt**, eingebettet sein und die **ganze Gesellschaft** einschließen. Positive Veränderungen in diesem Bereich können nur durch die gleichberechtigte Einbeziehung von verschiedenen Fachleuten und mit der Beteiligung von lokalen Behörden und Akteuren der Zivilgesellschaft bewirkt werden.⁽⁵⁾

Das **RAN-Treffen vom 28. September 2018 in Berlin**, das auf den vorhergehenden Treffen aufbaute, bei denen das Thema bereits in verschiedenen Formaten diskutiert und die gewonnenen Erfahrungen behandelt worden waren, griff

²Pilkington, H., 2018, [Violent extremism: how communities can help counter it](#).

³RAN YF&C Ex post Beitrag, [Strengthening community resilience to polarisation and radicalisation](#), London, Borough of Hounslow, 29.-30. Juni 2017, S. 9.

⁴ Für weitere Informationen zum Thema siehe RAN Ex post Beitrag [Engaging with communities, Collaboration between local authorities and communities in PVE](#).

⁵ RAN-Sammlung von Ansätzen und Praktiken, [Prävention der zu Terrorismus und gewaltbarem Extremismus führenden Radikalisierung: Gemeinschaftsengagement und Unterstützung](#), S. 7.

spezifische prioritäre Themen im Bereich der Gemeinschaftseinbindung und Prävention und Bekämpfung des gewaltbereiten Extremismus auf und diskutierte sie im Detail. Bei dem Treffen waren Vertreter aus 26 Mitgliedstaaten anwesend und **zum ersten Mal hatten Entscheidungsträger, Praktiker und Vertreter der Gemeinschaften die Gelegenheit, diese Themen gemeinsam zu diskutieren.**

Darin lag der **einzigartige Mehrwert des Treffens, welches** es Praktikern und den Vertretern der Gemeinschaften ermöglichte, direkt miteinander darüber zu diskutieren, wie die Politik sie in diesem Bereich unterstützen kann, und es gleichzeitig den Entscheidungsträgern ermöglichte, Prioritäten und Herausforderungen zu diesem Thema für die Menschen, die in diesem Bereich vor Ort tätig sind, zu klären. Der Beitrag stellt **Themen** vor, die aus der Sicht von Forschung, Politik und Praxis diskutiert wurden, sowie **Projektbeispiele und Praxiserfahrungen**. Schließlich werden in dem Beitrag einige der noch bestehenden **Herausforderungen** sowie **Empfehlungen** für zukünftige Maßnahmen aufgeführt.

Ansätze für die Einbindung von Gemeinschaften in der EU

Für das Einbindung von Gemeinschaften gibt es keinen universellen Ansatz. Sie kann viele Formen annehmen und ändert sich in Abhängigkeit davon, wer sie unterstützt, wer sie initiiert und welchen Zweck sie hat. In allen EU-Ländern gibt es irgendeine Form von Gemeinschaftseinbindung; die Umsetzung unterscheidet sich aber von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat sehr. Gemäß den *Leitlinien für die Beteiligung der Zivilgesellschaft an Entscheidungsprozessen*, die der Europarat⁶ herausgegeben hat, kann Kooperation Informationsaustausch, Dialog, Konsultation und Partnerschaften umfassen. Zusammenarbeit mit Gemeinschaften findet in Form von Dialog, finanzieller Unterstützung oder Schulungen statt, es gibt jedoch relativ wenige Beispiele für die aktuellen gemeinsamen Bemühungen in der

Prävention und Bekämpfung von gewaltbareitem Extremismus.

An **Akteuren** ist das ganze Spektrum in den verschiedenen Ansätzen vertreten – die Ansätze reichen von umfassenden **stellenübergreifenden und gesamtgesellschaftlichen** Ansätzen bis hin zur **Zusammenarbeit mit einzelnen Nichtregierungsorganisationen** oder **Eins-zu-eins-Beziehungen**, wie es bei der bürgernahen Polizeiarbeit der Fall ist. Parallel dazu kann die Gemeinschaftseinbindung **eine breite Palette an Themen umfassen** oder aber **gezielt auf Themen ausgerichtet sein, die mit Extremismus in Verbindung stehen**. Der Fokus kann auch auf bestimmten Ideologien liegen.

Im Allgemeinen werden Initiativen **zentral** oder **lokal** geleitet und die beteiligten Akteure können je nach nationalen Traditionen und Erfahrungen in diesem Bereich vorwiegend Angestellte von Behörden oder vorwiegend Mitglieder der Gemeinschaft sein. In allen programmatischen Dokumenten und bei allen individuellen Initiativen wurde die Schlüsselrolle von **Wissenschaft und Forschung** sowie die

⁶<https://www.coe.int/web/ingo/civil-participation>

Bedeutung von Partnerschaften mit den Mitgliedern der jeweiligen Gemeinschaft betont.

In einigen Ländern wie **Malta** findet die Einbindung von Gemeinschaften nicht speziell im Bereich der Sicherheit, sondern im Bereich der Integration statt. Hier wurde anerkannt, dass der Aufbau von Kontakten zu führenden Persönlichkeiten der Gemeinschaft zum sozialen Zusammenhalt beitragen kann und dass es in der Verantwortung der Regierungen liegt, für die Sicherheit und das Wohlergehen aller Gemeinschaften zu sorgen. **Schweden** wendet einen umfassenderen Ansatz an, und die Politik für die Zivilgesellschaft zielt darauf ab, die Bedingungen für die Zivilgesellschaft als integraler Bestandteil der Demokratie zu verbessern. Zudem hat sich gezeigt, dass zivilgesellschaftliche Organisationen häufig über ein spezifisches Wissen verfügen und andere Möglichkeiten haben, Einzelpersonen und Gruppen innerhalb der Gesellschaft zu erreichen.

Vor dem Einstieg in die spezifischen Themen, die während des Treffens diskutiert wurden, wurde eine Reihe bereits existierender Praktiken kurz vorgestellt, die einen allgemeineren Ansatz für die Gemeinschaftseinbindung verfolgen:

Im Berliner Bezirk **Charlottenburg-Wilmersdorf** wurden mehrere **Themen** für Gemeinschaftseinbindung ermittelt. Zu diesen Themen zählen Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Romafeindlichkeit, Extremismus und Islamismus sowie auf allgemeinerer Ebene das Netzwerken innerhalb der Zivilgesellschaft und deren Sensibilisierung sowie Teilhabe, Förderung von Vielfalt und die Entwicklung von neuen Formaten für die Teilhabe der Zivilgesellschaft. Im Lenkungsausschuss sind Jugendorganisationen, Nachbarschaftsinitiativen, Religionsgemeinschaften, Repräsentanten von

Senioren, Kindern und Jugendlichen, aber auch von Polizei und lokalen Behörden vertreten ⁽⁷⁾.

Der breit angelegte **niederländische** Ansatz für die Gemeinschaftseinbindung wird im Rahmen eines interdisziplinären Fallmanagements umgesetzt, bei dem der Fokus der aktiven Arbeit auf der **Resilienz und dem Frühwarnsystem** liegt. Die Gemeinschaften gehören in diesem Ansatz zu den Akteuren, die auf extremes Verhalten aufmerksam machen sollen. Ziel des Ansatzes ist es, gefährdete Gruppen und Einzelpersonen nicht „auf die schiefe Bahn geraten“⁽⁸⁾ zu lassen.

In der **Slovakei** hat die Stadt Banská Bystrica ein **strategisches Papier** auf der Grundlage einer **behördenübergreifenden Zusammenarbeit und der Stärkung der Gemeinschaft** entworfen. Die Arbeitsgruppe setzte sich aus Mitgliedern von Universitäten, Theatern, Museen, der Schülervertretung sowie Experten usw. zusammen, die Akteure waren Schulen, Universitäten, Jugendliche und die Öffentlichkeit. Ziel war die strategische und langfristige Bekämpfung von Extremismus.

⁷https://www.demokratie-leben.de/pfd-be_charlottenburg-wilmersdorf.html

⁸https://english.nctv.nl/binaries/LR_100495_rapportage_EN_V3_tcm32-251878.pdf, S. 3.

Bürgernahe Polizeiarbeit ist eine besonders erfolgreiche Praktik in der Prävention (für weitere Informationen siehe RAN-Sammlung von Ansätzen und Praktiken, Prävention der zu Terrorismus und gewaltbereitem Extremismus

- die Auswahl von Partnern aus der Zivilgesellschaft, die Art und Weise, wie eine vertrauensvolle Beziehung aufgebaut und gepflegt werden kann; insbesondere: Prüfverfahren, Stigmatisierung und Verlust



Abbildung 1 Schritt-für-Schritt-Modell für das Gemeinschaftsengagement, RAN CoE

führenden Radikalisierung: Einbindung und Stärkung der Gemeinschaft⁹.

Das Thema Gemeinschaftseinbindung ist nicht neu in der RAN-Gemeinschaft von Praktikern, Entscheidungsträgern und Wissenschaftlern, allerdings wurden zwei neue Bereiche – mit je drei Themen – festgelegt, bei denen eine tiefgehende Diskussion erforderlich ist:

der Glaubwürdigkeit sowie Arbeiten mit Glaubensgemeinschaften.

- die Vorbedingungen für erfolgreiche Gemeinschaftseinbindung – insbesondere geschützte Räume, Gegenseitigkeit und Nachhaltigkeit sowie die Reaktion auf Krisen.

Die Auswahl von Partnern aus der Zivilgesellschaft: Wie kann Vertrauen aufgebaut und erhalten werden?

Für die Arbeit mit Gemeinschaften muss zunächst ein Auswahlverfahren stattfinden. Es ist daher wichtig zu wissen, wer ausgewählt werden soll, für welchen Zweck und wie potenzielle Risiken und negative Nebenwirkungen festgestellt werden können. Dieser Schritt erfordert eine

⁹https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/what-we-do/networks/radicalisation_awareness_network/ran-best-practices/docs/community_engagement_and_empowerment_en.pdf

sorgfältige Abwägung hinsichtlich der **Verfahren für die Überprüfung**, des potenziellen Risikos für **Stigmatisierung** der jeweiligen Gemeinschaft und der Möglichkeit, dass lokale Ansprechpartner an **Glaubwürdigkeit** verlieren, wenn sie mit den Behörden zusammenarbeiten. Die **Einbindung von Religionsgemeinschaften in der Prävention und Bekämpfung von gewaltbarem Extremismus** ist dabei besonders sensibel, daher kommen in diesem Zusammenhang spezifische Themen auf.

Um die Einbeziehung von Gemeinschaften in die Prävention und Bekämpfung von gewaltbarem Extremismus zu leiten, wurden von RAN und einigen Mitgliedstaaten praxisbezogene Leitfäden erstellt. Das **RAN-Schritt-für-Schritt-Modell für die Gemeinschaftseinbindung** (siehe Abbildung 1, Seite 4) umfasst mehrere Schritte: Vorbereitungen, Kontaktaufnahme, Auswahl der Partner, Dialog und Zusammenarbeit sowie Reaktion auf Krisen.

Die Themen im Zusammenhang mit der Auswahl der richtigen Partner sind nicht nur spezifisch für Schritt 3, sondern beziehen sich auf alle Schritte. Bevor die Behörden einen Partner wählen, müssen sie herausfinden, was sie in erster Linie erreichen möchten und wie die Situation vor Ort ist – das ist die Phase des Mappings und der Feststellung der Vorbedingungen. Es ist offensichtlich, dass vor der Wahl eines geeigneten Partners erste Kontaktaufnahmen stattfinden müssen, um unter anderem die Eignung von bestimmten Organisationen für die festgelegten Ziele zu beurteilen. Schließlich wird die Art und Weise, wie Dialog und Zusammenarbeit stattfinden und wie auf Krisen reagiert wird, Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit haben, ob die Zivilgesellschaft und lokale Behörden die Zusammenarbeit fortsetzen möchten und andere ihrem Beispiel folgen werden.

Die **Schwedische** Agentur für Jugend und Zivilgesellschaft hat vor kurzem einen Leitfaden darüber erstellt, wie staatliche Behörden mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten können, um

gewaltbarem Extremismus vorzubeugen. Dieser Leitfaden heißt **Crack the code** und stellt einige Beispiele der Zusammenarbeit zwischen lokalen Behörden und Gemeinschaften der Zivilgesellschaft einschließlich Religionsgemeinschaften vor⁽¹⁰⁾. Zu den darin beschriebenen Schritten gehören die Einführung der Gemeinschaftseinbindung, das Zusammenstellen eines Teams und die Skizzierung der Situation, die Erstellung eines Aktionsplans, die Umsetzung von Initiativen sowie die Durchführung von Folge-Initiativen.

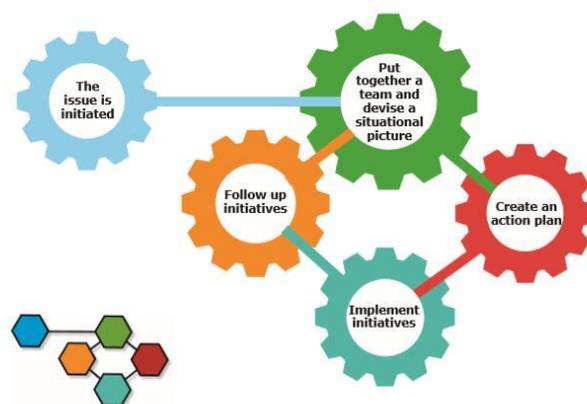


Abbildung 2: Kooperationsmodell aus Crack the Code

Ganz allgemein muss von Anfang an klar sein, dass solche Prozesse langwierig und komplex sind und dass sie sicherlich nicht linear verlaufen. Daher müssen auch bereits im Voraus Mechanismen festgelegt werden, wie mit Hürden, Stillstand und Krisen – wie Verlust von Glaubwürdigkeit oder Vertrauen – umgegangen wird.

Drei wichtige Aufgabenstellungen im Zusammenhang mit der Auswahl der Partner aus

¹⁰https://www.mucf.se/sites/default/files/publikationer_uploads/crack_the_code.pdf

der Zivilgesellschaft wurden beim Treffen diskutiert: Überprüfungen, Verhinderung von Stigmatisierung und Verlust der Glaubwürdigkeit sowie Arbeiten mit Glaubensgemeinschaften.

Überprüfungen

Überprüfungen sind erforderlich, um zu verhindern, dass öffentliche Gelder für Zwecke ausgegeben werden, die der Förderung der Demokratie und der Prävention von Extremismus zuwiderlaufen. Dass dies notwendig ist, wurde durch Fälle von Veruntreuung in der gesamten Europäischen Union belegt. Überprüfungen sind aber nicht immer schon in den ersten Phasen der Gemeinschaftseinbindung erforderlich. **Je intensiver die Zusammenarbeit ist und je mehr Partner sie einschließt, desto eher sollte eine Überprüfung stattfinden – und wenn außerdem Spenden eingeworben werden, ist die Überprüfung sogar ein Muss.**

Da beobachtet wurde, dass das Wort „Überprüfung“ als stigmatisierend empfunden werden kann, was kontraproduktiv für die Zusammenarbeit ist, wurden vor kurzem Initiativen um das Konzept der „Sorgfaltspflicht“-entwickelt, wobei Offenheit gegenüber den entsprechenden durchzuführenden Verfahren ratsam ist¹¹. „**Evaluierung Ihrer Partner**“ ist ein weiterer Ausdruck, der während des Treffens als Alternative zu „Überprüfung“ vorgeschlagen wurde.

Praktisch kann die Überprüfung durchgeführt werden, indem online und in den Medien nach Informationen gesucht wird, der Fokus der Überprüfung kann aber auch auf die Herkunft der finanziellen Mittel, auf extremistische oder polarisierende Aussagen, die Ideologie, die

Führungsrolle oder die Erfolgsbilanz gelegt werden. Eine Überprüfung kann auch die Analyse vorheriger Erfahrungen sowie die Analyse der Art der betreffenden Nichtregierungsorganisationen einschließlich ihrer Interessen, Aktivitäten und der politischen Agenda einschließen. Die Teilnehmer gaben einige weitere Empfehlungen:

- Um die richtigen Partner zu identifizieren, ist es ein wichtiger erster Schritt, in die Gemeinschaften hineinzugehen und ihre Themen zu verstehen.
- Das Bekenntnis zu demokratischen Werten ist eine Vorbedingung, vor allem, wenn es auch um finanzielle Mittel geht.
- Machen Sie die Überprüfung nicht öffentlich, um negative Reaktionen gegen die betreffenden Gemeinschaften zu vermeiden.
- In manchen Fällen können Hintergrundüberprüfungen mit Unterstützung durch Geheimdienste durchgeführt werden.
- Über die Art der Zusammenarbeit muss Klarheit herrschen – sie kann vom Informationsaustausch über Beratung und Dialog bis hin zur Partnerschaft reichen. Besonders wichtig ist die Überprüfung, wenn eine Partnerschaft angestrebt wird.
- Partner, die die gemäß den Vorschriften für die Überprüfung aufgeführten Kriterien nicht erfüllen, können dennoch immer noch auf der Ebene eines Dialogs oder Austauschs einbezogen werden.
- Die Überprüfung muss mit dem Ziel durchgeführt werden, jegliche Form von Extremismus zu vermeiden.
- Transparenz ist sehr wichtig, wenn es um das Ziel der Zusammenarbeit, die Art und Weise, wie diese erfolgen soll, und die Regeln für die Überprüfung geht, und genauso wichtig, wenn es darum geht, die Teilnehmer über das negative Ergebnis der Überprüfung zu informieren.
- Die nettesten Menschen sind nicht unbedingt die besten Partner – kritische Stimmen sind wichtig und eine gute Kooperationsfähigkeit

¹¹ ESCN, Insight Paper: Building effective CVE partnerships (Juni 2018 – Beitrag verfügbar auf Anfrage bei info@escn.ibz.eu).

macht unterschiedliche Meinungen und Hintergründe wett.

In **Dänemark** haben einige Stadtverwaltungen Leitlinien und Modelle für die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft entwickelt, in denen der erforderliche Konsens über Normen und Werte behandelt wird. Die Beispiele schließen einen Wertekatalog ein, der für die Initiative gegen Radikalisierung der Stadtverwaltung Aarhus erstellt wurde, sowie die Charta der demokratischen Werte gegen Radikalisierung, die von der Stadtverwaltung Kopenhagen verabschiedet wurde¹². Moscheen, die in der Stadt Kopenhagen in der Prävention von Extremismus arbeiten, haben die Charta unterschrieben. Bezüglich der Agenda hatte die Stadt ganz klare Vorstellungen, es findet ein gemeinsamer Schaffensprozess sowie die Weiterbildung der Führungspersonalitäten der Moscheen statt. Die in der Charta festgehaltenen Werte schließen das Recht auf Freiheit und Gedankenfreiheit, auf Gleichheit, auf Würde und Rechte unabhängig vom Geschlecht, auf freie sexuelle Orientierung, auf Gleichbehandlung von Menschen aller Hautfarben usw. ein.

Die Überprüfungspraktik des **finnischen** Innenministeriums schließt mehrere Schritte und Überlegungen ein: Identifizierung des Ziels und der angestrebten Änderung durch die Partner; Identifizierung der maßgeblichen Akteure, ihrer Ressourcen, ihres Zugangs und ihrer Glaubwürdigkeit; und Festlegung des gemeinsamen Nenners und der Grundsätze für gemeinsame Maßnahmen – wobei Transparenz und offener Kommunikation die Schlüsselrolle zukommt. Dieser Ansatz unterscheidet klar zwischen Dialog und Partnerschaften und zielt auf Inklusivität ab, erkennt aber an, dass es verschiedene Optionen für Zusammenarbeit und

Partnerschaften gibt. Es wurde auch eine Reihe von Grundsätzen für die Kommunikation festgelegt: Die Kommunikation soll offen sein und die Überprüfung soll ein Standardverfahren mit klaren Kriterien sein, das in Zusammenarbeit ausgeführt wird und bei dem eine Gegenprüfung von Hinweisen stattfindet. In den Grundsätzen ist auch festgehalten, dass das Überprüfungsverfahren mit einer formalen Absichtserklärung beendet wird, in dem die Vorteile für alle Parteien festgehalten sind. Zudem wird auch betont, dass zivilgesellschaftliche Organisationen ihre eigenen Evaluationen durchführen, um zu entscheiden, ob sie zusammenarbeiten möchten oder nicht, und dass sie ihre eigenen Leitlinien und Verfahren für diesen Zweck haben.

Stigmatisierung und Verlust der Glaubwürdigkeit

Zu Stigmatisierung kann es kommen, wenn der Fokus ausschließlich auf bestimmten Gemeinschaften liegt und sie explizit mit Extremismus und Terrorismus in Verbindung gebracht werden. Die Auswirkungen von Stigmatisierung können nicht nur **die Chancen einer wirksamen Prävention und Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus** verringern, sondern auch zu einem Rückgang des bürgerschaftlichen Engagements im Allgemeinen führen¹³. Es gibt verschiedene Wege, um das Risiko von Stigmatisierung zu minimieren:

- Verwenden Sie eine Sprache, die nicht zu Stigmatisierung oder zum Verlust von Vertrauen in die Behörden beiträgt¹⁴. Verwenden Sie eine allgemeine und inklusive Sprache, wenn Sie über Extremismus diskutieren, indem Sie sich auf den

¹²<https://stopekstremisme.dk/en/offers-and-tools/the-toolkit/cooperation-between-authorities-and-civil-society>

¹³ Acik, N. and Pilkington, H., 2018, [Youth mobilisations of 'suspect communities' UK](#).

¹⁴RAN YF&C Ex post Beitrag, [Strengthening community resilience to polarisation and radicalisation](#), London, Borough of Hounslow, 29.-30. Juni 2017, S. 3.

Extremismus im Allgemeinen beziehen und/oder auf alle Arten von Extremismus.

- Erhöhen Sie das Vertrauen durch Workshops, gemeinsame Projekte und „Informationsdreh scheiben“, um einen koordinierten Ansatz zu entwickeln⁽¹⁵⁾.
- Bringen Sie Menschen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und Hintergründe zusammen⁽¹⁶⁾.
- Legen Sie den Fokus eher auf Gruppen als auf Gemeinschaften⁽¹⁷⁾.
- Sprechen Sie von den Gemeinschaften lieber als Teil der Lösung statt als Teil des Problems.

Während des Treffens wurden weitere Einblicke gegeben. Erstens reichen einzelne Programme nicht aus; sie sollten Hand in Hand gehen mit einer **Stärkung der bestehenden Strukturen**, wie Schulen, Jugendzentren und psychologische Unterstützungsdienste, in welche es sich lohnt zu investieren. Zweitens sollten im Rahmen des Aufbaus eines Vertrauensverhältnisses zu spezifischen Gemeinschaften **zunächst Aspekte thematisiert werden, die für diese Gemeinschaften wichtig sind** – zum Beispiel Verkehrssicherheit, Parkplätze und Unterkünfte, bevor zum Thema Prävention und Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus übergegangen wird.

Anders ausgedrückt sollte die erste Frage lauten: Wie glaubwürdig sind wir in unserer Arbeit gegenüber Gemeinschaften? So ist zum Beispiel in **Nordirland** nach 40 Jahren brutaler Gewalt eine Kultur der Gewalt immer noch allgegenwärtig und es gibt immer noch Viertel, in denen die Polizei Feindseligkeiten ausgesetzt ist und in denen paramilitärische Organisationen als Bürgerwehren auftreten. Diese Situation erfordert die Entwicklung von vertrauensvolleren Beziehungen zu Polizei und staatlichen Organen, ein echtes Zusammenwirken mehrerer Stellen, Maßnahmen zur Bekämpfung der Stigmatisierung sowie finanzielle Unterstützung für benachteiligte Bevölkerungsgruppen.

Weitere Bemerkungen:

- Es sollte darauf geachtet werden, keine Etiketten zu verwenden, wie Flüchtlinge, Moslems, Migranten, Radikalisierung usw.
- Es ist wichtig, ehrliche Gespräche zu führen und komplexe Identitäten zuzulassen.
- Diskussionen sollten mit den Gemeinschaften statt über sie geführt werden; ein inklusiver Ansatz ist erforderlich.
- Das Engagement muss kontinuierlich sein und nicht nur nach einem Vorfall oder einer Krise stattfinden.
- Lassen Sie die Gemeinschaften und nicht die Extremisten die Probleme definieren.

Die Experteneinheit für stabile soziale Verhältnisse in den **Niederlanden** gibt Behörden, Gemeinschaften und Fachleuten praktische Ratschläge, wie Radikalisierung und soziale Spannungen im Land verringert werden können. Ihre Arbeit basiert auf der Prämisse, dass Resilienz nur durch ein Netzwerk aus Zivilpersonen, Gemeinschaften, lokalen Fachleuten und der Regierung sichergestellt werden kann. Neben der Organisation von Aktivitäten wie Schulungen und Workshops hat die Einheit auch einen Leitfaden zum Aufbau von sozialen Netzwerken erstellt. Diese Netzwerke sind umfassend und schließen (Vertreter von) Organisationen von Religions- oder Migrantengemeinschaften, Vereinigungen wie

¹⁵ RAN-Sammlung von Ansätzen und Praktiken, [Prävention der zu Terrorismus und gewaltbareitem Extremismus führenden Radikalisierung: Gemeinschaftsengagement und Unterstützung](#), S. 8.

¹⁶ Eggert, J. P., 2018, [The roles of women in counter-radicalisation and disengagement \(CRaD\) processes: Best practices and lessons learned from Europe and the Arab world](#). Berlin: Berghof Foundation.

¹⁷ Ranstorp, M., Gustafsson, L., Hyllengren, P. and Ahlin, F., 2016, [Preventing and countering violent extremism, An initial rapid evidence assessment and analysis plan examining local authority action plans and programming elements](#), Swedish Defence University, Center for Asymmetric Threat Studies (CATS), S. 5.

Sportclubs sowie (junge) Einzelmitglieder ein. Der Vielfalt im Netzwerk und dem repräsentativen Charakter des Netzwerks kommen eine Schlüsselrolle zu. Die Experten erstellten einen Leitfaden mit praktischen Ratschlägen sowie Tipps und Tricks für den Aufbau eines Netzwerks zur Prävention und Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus aus Schlüsselpersonlichkeiten der Gemeinschaft. Darin werden mehrere Prozessphasen diskutiert: Entscheidungsprozess, Aufbau eines Netzwerks, Umsetzung und Erhaltung eines Netzwerks, potenzielle Fallstricke. Von besonderer Bedeutung scheinen das Erwartungsmanagement und die Bemühungen, die Realität korrekt darzustellen, zu sein.

Mit Glaubensgemeinschaften arbeiten

Der Ansatz für die Arbeit mit Glaubensgemeinschaften unterscheidet sich von Land zu Land. Für die Arbeit mit Religionsgemeinschaften gelten die gleichen Grundsätze wie für die mit anderen Gemeinschaften¹⁸. Wie immer sind Klarheit bezüglich des Zwecks und ein Grundwissen über die betreffende Gemeinschaft erforderlich, um einen fruchtbaren Dialog beginnen zu können. Wird eine breites Spektrum an Gemeinschaften einschließlich der Kirche dazu eingeladen, in der Prävention und Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus zu arbeiten, fühlt sich niemand stigmatisiert.

Um eine Stigmatisierung und den Verlust der Glaubwürdigkeit zu verhindern, kann einem Mitglied des Glaubensnetzwerks (zum Beispiel einem Imam) der Status eines freiwilligen Helfers, der im Auftrag der lokalen Initiative handelt, verliehen werden. Im Umgang mit einem konkreten Fall sollte der Imam zudem nicht allein

handeln, sondern im Team mit einem Psychologen oder einem Sozialarbeiter, die schon mit dem Fall betraut sind, zusammenarbeiten, damit nicht er allein die Verantwortung trägt. Damit sich die Gemeinschaften besser kennenlernen, können Informationsveranstaltungen und Tage der offenen Tür veranstaltet werden. Diese Erkenntnisse stammen aus der Arbeit mit Gemeinschaften des Dienstes für die Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus und Deradikalisierung der Stadt **Vilvoorde** (Belgien).

In **Dublin** wurde eine interreligiöse Charta entworfen, die Unterstützung des Bürgermeisters und der Stadt eingeholt und eine Erklärung, die von den Oberhäuptern aller lokalen Glaubensgemeinschaften gebilligt wurde, aufgenommen. Wichtig ist, dass die Betonung dabei auf den Menschenrechten lag und darauf, Moslems mit der Menschenrechtsarbeit in Irland vertraut zu machen und ihnen zu vermitteln, wie sie selbst von den entsprechenden Rechten profitieren können.

Der **italienische** Ansatz für die Arbeit mit Glaubensgemeinschaften baut auf mehreren Erkenntnissen wie den folgenden auf: Religionsgemeinschaften nehmen radikale Ideologien und Aufrufe zu Gewalt als Verzerrung ihrer Religion wahr, daher besteht ein gemeinsames Interesse an der Zusammenarbeit in einer Partnerschaft; Glaubensgemeinschaften können eine zentrale Rolle bei der Stärkung der Resilienz spielen; Glaubensgemeinschaften sind kein Werkzeug der Radikalisierung, sondern anfällig für Radikalisierung – die Sprache sollte entsprechend angepasst werden; Partnerschaften müssen auf gemeinsamen Interessen und Zielen aufgebaut werden. Konkrete Praktiken auf nationaler Ebene schließen einen strukturierten Dialog mit Vertretern der wichtigsten islamischen Zentren und Vereinigungen, dem Rat für die Beziehungen zum italienischen Islam, ein ständiges Forum, dem Wissenschaftler angehören, ebenso ein wie einen nationalen Pakt für einen italienischen

¹⁸ Für praktische Ratschläge siehe RAN LOCAL Ex post Beitrag [How to cooperate with religious organisations and communities within the local approach to radicalisation?](#)

Islam, der das Bekenntnis zu den Werten der italienischen Verfassung und den italienischen Rechtsgrundsätzen beinhaltet. Der „italienische Islam“ bezeichnet einen Islam, der sich zu den Grundsätzen der italienischen Verfassung bekennt, die Rolle der Staatsbürgerschaft und ihrer Rechte und Pflichten anerkennt und für Bildung und Ausbildung eintritt. Das Schlüsselkonzept beruht auf dem Aufbau von Vertrauen zur islamischen Gemeinschaft durch Übertragung von Verantwortung auf ihre Mitglieder (Engagement im öffentlichen Bereich, in Krankenhäusern, Schulen und Gefängnissen), auf gemeinsamen Werten, auf Bildung (z. B. Kurse und Schulungen für Imame) und der Förderung von Integration. Auf lokaler Ebene schließt der Ansatz Möglichkeiten für den Dialog, eine enge Beziehung zu den Islamzentren und ein tiefes Verständnis für die Bedürfnisse der Gemeinschaften ein.

In der **griechischen** Praktik liegt der Schwerpunkt in der Arbeit mit Glaubensgemeinschaften auf die Gleichbehandlung aller Religionen. Das Generalsekretariat für Religionsangelegenheiten strebt an, das System für die religiöse Erziehung zu überwachen und Religion und Kultur zu verbinden. Gleichzeitig fördert es Aktivitäten, die die Beziehungen zwischen den Religionsgemeinschaften fördern und Intoleranz bekämpfen. Der auf Langfristigkeit ausgelegte Ansatz will ein Gefühl der Sicherheit innerhalb der Gemeinschaften gewährleisten und vor allem eine Vertrauensbeziehung zum Staat aufbauen, um dadurch das Risiko religiöser Radikalisierung zu verringern. Persönlichen Beziehungen kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Der Ansatz baut auch auf bestehenden Erfahrungen mit jüdischen Gemeinschaften auf: Griechenland war der erste Staat, der jüdisches Vermögen zurückgegeben hat; es werden Seminare, Konferenzen, Programme für Lehrer, Projekte für Schüler, Videos und Bildungsreisen nach Auschwitz organisiert; und es werden jüdische Schulen betrieben. Ohne sich unbedingt auf einen griechischen Islam zu berufen, werden auch hier Anstrengungen unternommen, um **lokale**

Strukturen zu schaffen, zu erhalten und zu integrieren statt auf aus dem Ausland finanzierte Strukturen zu setzen, und um Verfahren im Umgang mit Religion und religiösen Angelegenheiten zu standardisieren. Solche Praktiken sind nützlich und sollten innerhalb der EU verbreitet werden, da sie zahlreiche positive Nebeneffekte haben – wie die Vermeidung von Stigmatisierung, Integration statt Ausgrenzung sowie die Schaffung einer lokalen Identität bzw. eines Gefühls der Zugehörigkeit zu einer lokalen Gemeinschaft. Konkrete Beispiele in diesem Zusammenhang schließen die Erlaubnis islamischen Religionsunterrichts in Moscheen und Schulen ein, Genehmigungen zur Errichtung und zum Betrieb von Gebetsstätten, staatlich finanzierte öffentliche Räume für die großen islamischen Feste und ein System, in dem Flüchtlinge Zugang zu respektierten Geistlichen haben, die auf Arabisch beten und predigen. Auf rechtlicher Ebene wurde vor kurzem per Gesetz das Konzept einer religiösen/kirchlichen juristischen Person eingeführt. Eine weitere gute Praxis besteht im **Monitoring von Vorfällen, die sich gegen Glaubensstätten ganz gleich welcher Religion richten.** Die Ergebnisse dieses Monitorings werden jeweils in einem Jahresbericht veröffentlicht. Das Ziel dieser Strategien ist, ein Gefühl der Sicherheit innerhalb der Gemeinschaften sicherzustellen und vor allem eine Vertrauensbeziehung zur Staatsgewalt aufzubauen.

Ebenfalls vorgestellt wurde die **finnische** Praktik der „Schulter-an-Schulter-Arbeit“, die vom kirchlichen Hilfswerk Finnlands ausgeführt wird – einer Nichtregierungsorganisation für die Förderung von Frieden und Entwicklung. Diese Initiative fördert den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen religiösen Gruppen – Christen, Juden und Moslems –, und ist Teil des nationalen Aktionsplans für die Prävention von gewaltbereitem Extremismus und Radikalisierung. Sie soll auch Polarisierung und gesellschaftliche Spannungen bekämpfen. Konkrete Aktivitäten waren Treffen und

Veranstaltungen zwischen den verschiedenen Dörfern und Gemeinschaften oder symbolische Gesten des guten Willens, Bewirtung der anderen Religionsgemeinschaft – interreligiöse Abendessen zum Fastenbrechen oder zu christlichen Anlässen, Besuche von Moscheen, Zusammenarbeit mit Schulen, Schulungen und gemeinsame Reaktionen auf Vandalismus und Hassreden. Kleine Gesten, wie das gemeinsame Säubern der Wand einer Moschee, können große Wirkung haben. Behörden, lokale Regierungen und andere maßgebliche Akteure wurden ebenfalls einbezogen. Einige der gewonnenen Erkenntnisse aus diesem Projekt als Teil dieser Initiative sind: **Bauen Sie eine Zusammenarbeit auf, die für alle Seiten nützlich und relevant ist und sich auszahlt**, und keine, die religiöse Gemeinschaften nur instrumentalisiert; schaffen Sie **Strukturen**, die auch nach Projektende bestehen bleiben; wählen Sie organisierte und systematische Formen der Zusammenarbeit; und schließlich für politische Entscheidungsträger und Nichtregierungsorganisationen; zielen Sie auf eine starke Vertretung von **Frauen** sowie auf **Vielfalt und Pluralismus** ab.

Vorbedingungen für eine erfolgreiches Gemeinschaftseinbindung

Eine sinnvolle Zusammenarbeit zwischen Gemeinschaften und Behörden in der Prävention und Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus erfordert eine Reihe von Maßnahmen und Vorbedingungen: klare Ziele und Gegenseitigkeit, einen geschützten Raum, in dem sensible Angelegenheiten diskutiert werden können, sowie politische Unterstützung und die Vorbereitung von angemessenen Reaktionen auf Krisen.

Geschützte Räume

Das Thema geschützte Räume gehört zu den Themen, die schon zuvor im Detail diskutiert

wurden. In einem vorhergehenden Beitrag⁽¹⁹⁾ wurden bereits drei wesentliche Merkmale eines geschützten Raums identifiziert: er ist physisch sicher; in ihm befinden sich die richtigen Personen, um Beziehungen aufzubauen; und in ihm gelten Regeln, Vereinbarungen oder Rituale für die Interaktion – einschließlich in Bezug auf die Frage, ob und wie die Medien einbezogen werden. Im selben Beitrag wird ein „Going-local-Ansatz“ bezüglich der Logistik empfohlen. Weitere wichtige Merkmale eines geschützten Raums sind Vertraulichkeit, die Lage an einem neutralen und von außen abgeschirmten Ort, die Tatsache, dass er nicht mit der Polizei/Sicherheits-/Sozialbehörden usw. in Verbindung steht; seine leichte Erreichbarkeit (lokal, niedrige Überwindungsschwelle); eine offene, nicht stigmatisierende und nicht wertende Haltung und Unterstützung und Verständnis für verschiedene Ansichten und Erfahrungen. Geschützte Räume, in denen die Gemeinschaften sich treffen können, wie Festivals oder Sportereignisse, wurden in der Literatur ebenfalls empfohlen⁽²⁰⁾.

Während des Treffens wurde eine Liste gewonnener Erkenntnisse aufgestellt:

- Legen Sie den Schwerpunkt anfangs verstärkt auf **den Vertrauensaufbau**.
- Sprechen Sie **transparent** und **offen** über die Arbeit in der Prävention und Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus und versuchen Sie, **Mythen zu entkräften**.

¹⁹RAN LOCAL & YF&C Ex post Beitrag, [Engaging with communities, Collaboration between local authorities and communities in PVE](#), Prag, 22.–23. Februar 2018.

²⁰ Mayo, M., Blake, G., Diamond, J., Foot, J., Gidley, B., Shukra, K. and Yarnit, M., 2009, Community empowerment and community cohesion: parallel agendas for community building in England?, *Journal of Social Intervention: Theory and Practice*, 18(1), 23–43, S. 39.

- **Hören Sie sich die Anliegen an und gehen Sie darauf ein.**
- Erstellen Sie **Absichtserklärungen und Parameter** für die Arbeit mit Gemeinschaften und Gemeinschaftsgruppen auf der Grundlage von den Dingen, über die Einvernehmen herrscht.
- Finden Sie die Balance zwischen Einbindung und Stigmatisierung.
- Arbeiten Sie **umfassend**, um **alle Arten von Extremismus** in der Prävention und Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus abzudecken.
- Seien Sie sich bewusst, dass der Pflege des **persönlichen Kontakts** einschließlich der Teilnahme an Gebeten und Veranstaltungen eine Schlüsselrolle zukommt.
- Stellen Sie sicher, dass es auch auf der Makroebene geschützte Räume gibt in Form einer **funktionierenden liberalen Demokratie**, in der zivilgesellschaftliche Organisationen nicht als verdächtige Abweichler angesehen werden, sondern als Bürger und Staatsangehörige.
- Suchen Sie auch den Kontakt zu salafistischen Organisationen und schließen Sie diese in das Gespräch ein, da dies ein Weg ist, Ansichten herauszufordern und zu diskutieren. Dialog heißt nicht Zusammenarbeit.
- Investitionen in geschützte Räume sollten auf **struktureller Ebene** und nicht nur auf Projektebene erfolgen – so ist zum Beispiel der Verein Wiener Jugendzentren mit seinen 300 Angestellten und 40 Zentren, die mindestens fünfmal wöchentlich geöffnet sind, eine langfristige Investition, mit der 15 000 bis 20 000 Menschen erreicht werden.
- Diskussionen in geschützten Räumen brauchen Zeit; sie verlaufen dynamisch und die **Veränderung erfolgt schrittweise**.
- Es sollte **verschiedene geschützte Räume auf verschiedenen Ebenen** geben; wichtig ist, dass **Gemeinschaften, die der Mehrheitsgesellschaft angehören, auch einbezogen werden sollen**, und dass Themen, die in Zusammenhang mit diesen

Gemeinschaften stehen, auch diskutiert werden sollen.

- Geschützte Räume sollten auch Orte sein, an denen mit der Gemeinschaft selbst und nicht (nur) mit ihren Vertretern geredet wird, da Letztere eventuell nicht jeden vertreten.
- Wann immer möglich sollten alle Ebenen der Verwaltung auf derselben Seite stehen.

Bei vorhergehenden Treffen wurde eine Reihe von **Regeln für die Schaffung von geschützten Räumen** erstellt:

- **Wer:** Beschreiben Sie die Gruppe, kündigen Sie im Voraus an, wer kommt, geben Sie transparent darüber Auskunft, wer da ist und wer nicht.
- **Wo:** ein lokaler und informeller Rahmen.
- **Wie:** Verwenden Sie eine Sprache, die alle Beteiligten verstehen, versuchen Sie nicht, zu politisch korrekt zu sein, beziehen Sie einen Moderator ein und Menschen, die beide Seiten kennen.
- **Was:** Bleiben Sie bei Themen, die für alle Beteiligten wichtig sind, beginnen Sie das Gespräch mit alltäglichen Themen, für die sich alle interessieren, statt direkt den Extremismus anzusprechen.

Es ist klar, dass bei der Auswahl von geeigneten Aktivitäten die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden müssen.

Eine **australische** Praktik, die bei einer Schulung für **transkulturelle Kompetenz** angewendet wird, geht von der Prämisse aus, dass sich geschützte Räume im Kopf befinden, und baut auf drei Komponenten auf: Die erste ist Selbstreflektion. Dazu gehört, sich mit der eigenen Position auseinanderzusetzen, klare persönliche Ziele, Zielgruppen und Menschen anzuvisieren, sich über deren Philosophie im Klaren zu sein, aber bei sich selbst damit zu beginnen, einen Perspektivenwechsel einzuleiten. Die zweite Komponente ist eine Kommunikationsmethode (Dialog) und bezieht sich auf den Prozess des Umgangs mit Transkulturalität, wobei der Schwerpunkt auf der Notwendigkeit liegt,

Selbstsicherheit und Transparenz zu vermitteln, Ziele zu klären und Sicherheit im Kopf herzustellen. Die dritte Komponente umfasst Evaluierung und Wissensmanagement – dazu gehört sowohl, die eigenen Schritte und Arbeitsziele zu optimieren, als auch, Sicherheit und Kontinuität in der Zusammenarbeit mit den Menschen herzustellen, um so gemeinsam die zukünftige Gesellschaft zu gestalten.

Die Methode, die das **Dänische Zentrum für Prävention von Extremismus** anwendet, um einen geschützten Raum für den Dialog zu schaffen, ist ein Werkzeug für Stadtverwaltungen, deren Zielgruppe junge Menschen in marginalisierten Gemeinschaften sind. Sie ist ein Weg, Einstellungen in einem geschützten Rahmen auf den Prüfstand zu stellen und sich mit den Regeln des demokratischen Dialogs vertraut zu machen. Vorbedingungen sind ein geschützter Rahmen, ein Moderator, dem die jungen Menschen vertrauen und der ihre Probleme, ihren Hintergrund und ihr Umfeld kennt. Zu den Themen, die diskutiert werden, gehören Spannungen zwischen Gruppen der Gemeinschaft, Diskriminierung und Stigmatisierung.

Gegenseitigkeit und Nachhaltigkeit

Wie oben erwähnt, werden je nach Intensität verschiedene Arten von Gemeinschaftseinbindung unterschieden; sie kann von einem einfachen Austausch bis hin zur aktiven Inklusion reichen. Die Art der Einbindung hängt auch vom jeweiligen Thema und der jeweiligen Situation ab, wobei Partnerschaften eindeutig eine höhere Glaubwürdigkeit und Nachhaltigkeit sicherstellen können. Um Gegenseitigkeit und Nachhaltigkeit zu gewährleisten, müssen zunächst klare Ziele formuliert werden. Das bedeutet, dass die jeweiligen **Ziele der Gemeinschaften und der lokalen Behörden** in jeweils angemessenem Maße berücksichtigt werden müssen. Es ist auch wichtig, ein langfristiges Engagement statt Einzelmaßnahmen anzustreben:

Gemeinschaftseinbindung sollte kontinuierlich erfolgen⁽²¹⁾.

Es gibt mehrere Wege, um Gegenseitigkeit sicherzustellen. Wie schon der vorgestellte belgische berücksichtigt auch der in Augsburg verfolgte Ansatz, dass es von zentraler Bedeutung ist, dazu **bereit zu sein, auch jene Belange der Gemeinschaft zu behandeln, die nicht in Zusammenhang mit der Prävention und Bekämpfung von gewaltbereitem Extremismus stehen**, wie zum Beispiel die Verfügbarkeit von Parks und Parkplätzen.

Außerdem müssen, wie der in **Ungarn** verfolgte Ansatz betont, **alltägliche Themen** – wie fließendes Wasser oder Zugang zu Bildung – berücksichtigt werden, da diese beim Vertrauensaufbau helfen und Türen öffnen können. Auch hier entsteht ein positiver Eindruck, wenn Kirche und Jugendorganisationen einbezogen werden. Zudem verhindert das eine Stigmatisierung.

Gegenseitigkeit bedeutet auch **Stärkung und gegenseitiges Kennenlernen**; das schließt auch ein, dass Extremismus und Kriminalität parallel angegangen werden, denn gefährdete Personen können den einen oder den anderen dieser Wege einschlagen. Für eine sinnvolle Zusammenarbeit ist **eine gemeinsame Entwicklung von Zielen statt ihrer vorherigen Festlegung** wichtig, außerdem spielt das **Zusammenbringen von Menschen durch Themen, die ihnen am Herzen liegen** oder die **von besonderer Relevanz sind**, eine Schlüsselrolle. Gegenseitiger Respekt ist erforderlich, ebenso wie Professionalität und die Anerkennung der unterschiedlichen Fähigkeiten.

²¹ RAN-Sammlung von Ansätzen und Praktiken, [Prävention der zu Terrorismus und gewaltbarem Extremismus führenden Radikalisierung: Gemeinschaftsengagement und Unterstützung](#), S. 8.

In der **finnischen** Praktik, die keine Finanzierung einschloss, wurden Gemeinschaften dadurch gestärkt, dass sie in Zusammenarbeit mit Behörden, der Zivilgesellschaft und Gemeinschaften den nationalen Aktionsplan 2016 für die Prävention von gewalttätiger Radikalisierung ausarbeiteten. Ziel des Aktionsplans war die Prävention aller Formen von Extremismus durch unterschiedliche Maßnahmen, wobei ein Schwerpunkt auf Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit lag. Es wurden sowohl große und traditionelle als auch junge und kleinere Organisationen, die nur spezifische Zielgruppen erreichen, einbezogen, außerdem junge Menschen, Frauen und Religionsgemeinschaften und ein Wissenschaftlernetzwerk. Wichtig ist, dass es sich hier um eine Möglichkeit handelte, Partner zu identifizieren, die nicht nur reden, sondern auch aktiv werden.

Auf eine Krise reagieren

Aus der Perspektive der Gemeinschaftseinbindung umfasst die Reaktion auf eine Krise den Umgang mit steigenden Spannungen und Ängsten innerhalb und zwischen Gemeinschaften, mit Medienkampagnen sowie den Auswirkungen der Krise, zu denen auch Gewaltanwendung gehören kann. Bisher lag der Fokus der Diskussionen typischerweise auf den Folgen von Terroranschlägen; vor kurzem wurde, auch aus vorhergehenden Erfahrungen, klar, dass andere Arten von Vorfällen sowie ein erhöhtes Angstniveau ebenfalls zu negativen Reaktionen gegenüber bestimmten Gemeinschaften führen können. Angemessene Reaktionen auf Krisen setzen **vertrauensvolle** Beziehungen voraus und müssen maßgeschneidert auf die Situation erfolgen.

Eine Reihe von weiteren Erkenntnissen wurde nach und nach gewonnen:

- Bieten Sie Gemeinschaften Sicherheit und Unterstützung an.
- Beraten Sie Gemeinschaften bei der Lösungsfindung.

- Stimmen Sie Botschaften von Gemeinschaften und Behörden aufeinander ab.
- Nutzen Sie standardisierte Verfahren und professionelle Dienstleistungen⁽²²⁾.
- Aktivieren Sie die „schweigende Mitte“, um eine zunehmende Polarisierung zu vermeiden oder zu verhindern, dass extreme Stimmen den Diskurs bestimmen⁽²³⁾.

Auf Krisen zu reagieren, bedeutet die Nutzung **bereits bestehender Strukturen und Beziehungen**. Sie müssen auf ein Netzwerk und Ressourcen für Initiativen zurückgreifen können. Es ist auch wichtig, sich in einem frühen Stadium darüber klar zu werden, **was nicht getan werden soll** — Machtdemonstrationen oder andere Maßnahmen können die Situation verschlechtern. **Die Medien müssen darin geschult werden**, wie Gemeinschaften unterstützt werden können.

Während des Treffens wurde die Reaktion der **Stadt Manchester** auf die Anschläge vom 22. Mai 2017 vorgestellt und an ihrem Beispiel wurden mehrere der oben aufgeführten Punkte veranschaulicht. Es existierte bereits der Plan die Prevent-Strategie⁽²⁴⁾ zu überarbeiten, mit den Gemeinschaften zusammenzuarbeiten und sich ihrer Beschwerden anzunehmen. Drei große Dialogveranstaltungen wurden an verschiedenen Orten organisiert. Alle Sektoren, Behörden und Bürger wurden eingeladen. An den Veranstaltungen nahmen bis zu 250 Menschen

²² RAN LOCAL and YF&C Ex post Beitrag, [Engaging with communities, Collaboration between local authorities and communities in PVE](#), Prag, 22.–23. Februar 2018, S. 10–11.

²³RAN YF&C Ex post Beitrag, [Strengthening community resilience to polarisation and radicalisation](#), London, Borough of Hounslow, 29.-30. Juni 2017, S. 4.

²⁴<https://esrc.ukri.org/public-engagement/social-science-for-schools/resources/prevent-the-uk-s-counter-terrorism-strategy/>

teil. Die Themen waren breit gefächert und umfassten auch Randthemen. Zudem wurde das ‚Radequal Network‘⁽²⁵⁾ gestartet. Es war wichtig, in der Reaktion die Priorität auf die Emotionen zu legen statt auf politische Reden, und die Führung hatte zwei Rollen inne: die Gemeinschaften zusammenzubringen und die verschiedenen Dienste und Institutionen zu koordinieren. Es herrschte Einvernehmen darüber, dass die Gemeinschaften im Mittelpunkt der Anstrengungen stehen müssen, und die Medien trugen dazu bei, die Diskussion humaner zu gestalten und den Fokus weiterhin auf den sozialen Zusammenhalt zu legen. Um der Gemeinschaft die Aufarbeitung des Ereignisses zu ermöglichen, mussten vor allem der Extremismus bekämpft werden und junge Menschen sowie Glaubens- und Religionsgemeinschaften in den Dialog einbezogen werden.

Unter den Terroristen, die für den Terroranschlag vom 22. Mai verantwortlich waren, war ein Bürger aus Manchester mit libyschem Hintergrund, was zu einer enormen Aufmerksamkeit gegenüber der libyschen Gemeinschaft führte. Als Reaktion stellte die libysche Gemeinschaft drei Teams zusammen: ein Krisenteam, das sich mit praktischen Themen beschäftigte, wie den beschädigten Häusern nach den Polizeirazzien; ein Medienteam, das Schadensbegrenzung betrieb bezüglich der Berichterstattung der Medien über die libysche Gemeinschaft; und ein Team, das für die Treffen mit der Polizei, dem Gemeinderat, Denkfabriken usw. verantwortlich war. Wichtig ist, dass die libysche Gemeinschaft eine ganze Bandbreite an Möglichkeiten ausschöpfte, wie Treffen mit Amtsinhabern, Präsenz in den Medien, ein Video über Libyer, die in Manchester leben, Aktivitäten für Mädchen, eine Kulturveranstaltung für Frauen

²⁵<http://www.makingmanchestersafer.com/info/18/ra-dequal>

sowie eine Diskussionsrunde zum Thema Identität.



Nach der Skizzierung der gewonnenen Erkenntnisse wurden während des Treffens auch mehrere Herausforderungen aufgezeigt, die noch in Angriff genommen werden müssen.

1 Umfang und Dauer festlegen

Es reicht nicht aus, einige wenige Modellprojekte zu entwickeln, denn diese haben keine gesamtgesellschaftliche Wirkung und die begrenzte Wirkung, die sie haben, ist nicht nachhaltig. Das Ziel muss sein, langfristige und großangelegte Partnerschaften zu entwickeln. Gleichzeitig findet Gemeinschaftseinbindung überwiegend im Rahmen von Projekten statt. Das stellt zunächst eine Herausforderung im Hinblick

auf die Finanzierung, aber auch im Hinblick auf ein geeignetes Mapping und eine adäquate Planung dar. Zweitens ist Evaluierung ein Muss für diese großen und langfristigen Projekte, sowohl um die Finanzierung zu rechtfertigen als auch um eine schrittweise Verbesserung sicherzustellen.

2. Nicht das Rad neu erfinden

Das ist eine weitere Herausforderung und sie bezieht sich auf die Notwendigkeit, festzulegen, in welchem Maße bestehende Strukturen als genutzt werden sollen, ob diese möglicherweise angepasst werden müssen oder ob vollkommen neue Akteure und Ansätze benötigt werden.

3. Machen statt reden

Vertrauen und Ehrlichkeit sind von zentraler Bedeutung für den Aufbau von Partnerschaften und sogar für die Aufnahme des Dialogs mit Gemeinschaften. Wie können wir sicherstellen, dass echte Gespräche geführt werden? Wie können wir sicher sein, dass zivilgesellschaftliche Partner tatsächlich an den demokratischen Werten festhalten und Regierungen tatsächlich darauf abzielen, Gemeinschaften zu verstehen und zu unterstützen (statt sie zum Beispiel für ihre politischen Zwecke zu instrumentalisieren)?

4. Die Ergebnisse messen

Hier handelt es sich um eine allgemeine Herausforderung, die gleich zu Beginn des Treffens identifiziert wurde. Warum fühlen sich so viele junge Menschen immer noch zu radikalen Modellen hingezogen und warum erreichen wir sie nicht mit unserem Modell?

Empfehlungen

- Wählen Sie einen ganzheitlichen Ansatz für die Gemeinschaftseinbindung: Statt sich ausschließlich auf die Prävention und Bekämpfung des gewaltbereiten Extremismus zu fokussieren, sollten sich die Anstrengungen, auf Gemeinschaften zuzugehen und sie in die Präventionsarbeit

einzu beziehen, auf viele Themen erstrecken – insbesondere auf die, die den jeweiligen Gemeinschaften am Herzen liegen.

- Arbeiten Sie mit allen Gemeinschaften, aber gegen alle Formen von Extremismus. So können Sie Stigmatisierung vermeiden.
- Investieren Sie in langfristige Pläne, Strategien, Programme und Strukturen statt in Einzelmaßnahmen.
- Evaluieren Sie regelmäßig jeden Schritt Ihres Programms. Wurden alle relevanten Akteure einbezogen? Funktioniert das Programm? Ist es glaubwürdig?
- Beziehen Sie auch neu angekommene Gruppen wie Asylsuchende (vor allem solche, deren Anträge abgelehnt wurden) und Flüchtlinge ein.